

## **Rede von Laetitia für die „Jugend gegen Krieg“ bei der Friedensdemo in Köln am 1. Oktober 2022**

Liebe Friedensfreundinnen und Freunde,

mein Name ist Laetitia von der sozialistischen deutschen Arbeiterjugend und ich spreche hier für Jugend gegen Krieg.

Ich möchte euch heute die beschissene Lage der Jugend kurz zusammenfassen:

Die Schule oder die Uni sind marode und die Klassen viel zu groß, Die Ausbildung schlecht mit Ungewissheit zur Übernahme,

Das kleine Zimmer mit Azubi-Gehalt oder Bafög kaum bezahlbar, Dazu werden Lebensmittel, Strom und Gas immer teurer.

Wir kriegen schreckliche Nachrichten von Kriegen in der Welt und haben Angst, dass durch Hetze die Kriege zu einem Weltkrieg eskalieren.

Und falls wir das alles überleben, dürfen wir uns mit den Auswirkungen des Klimawandels beschäftigen.

Aber warum geht es uns eigentlich so beschissen? Während die Mittel für ein gutes Leben weder im eigenen Geldbeutel noch von staatlicher Seite reichen, wurden mal eben so 100 Mrd. Euro für Atombomber und weitere Kriegsgerät, also für die Bundeswehr ausgegeben.

Zum Vergleich: Für die bundesweit überfälligen Schulsanierungen fehlen 46,5 Milliarden €. Und um konkret etwas gegen Verarmung zu tun, könnte kostenfreies Schulesen für jeden Schüler mit nur 8,3 Milliarden € für ein ganzes Jahr finanziert werden. Die Politik steckt das Geld jedoch lieber in die Vorbereitung eines existenzbedrohenden Krieges, für den sogar das Grundgesetz geändert wurde. Währenddessen lebt jedes 5. Kind in Deutschland in Armut

Aber wem bringt das denn eigentlich was? Die offensichtlichsten Gewinner der aktuellen Lage sind die Rüstungs- und Energiekonzerne. Rüstungskonzerne verdienen an den Waffenlieferungen in die Kriegsgebiete und den im Grundgesetz festgehaltenen 100 Mrd für die Bundeswehr.

Energiekonzerne holen sich ihre Extraprofite durch Spekulation mit Rohstoffen und dem Hochtreiben von Energiepreisen im Schatten des Krieges. Falls der Verbraucher das nicht zahlen kann, dann sichert unsere Bundesregierung die Gewinne dieser Konzerne auch noch mit Steuergeldern ab.

Zur Not steigt der Staat also einfach mit ein. Bei den zwei Beispielen Rüstung und Energie ist der Einfluss des Staates aktuell sehr direkt. Aber der Staat will mit den Kriegen auch die Profite der anderen großen Konzerne absichern.

Durch Krieg soll den Konzernen Zugang zu möglichst billigen Rohstoffen oder neuen Märkten ermöglicht werden, damit ihre Profite gesteigert und damit abgesichert werden.

Zu allem Überfluss verschärft sich durch die Politik der Banken und Konzerne aber auch noch die Inflation.

Mehr Lohn, damit wir uns die teuren Lebensmittel und Waren leisten können, kriegen wir aber nicht. In den Tarifrunden heißt es: Die Kassen seien leer – wir haben ja Krise. Außerdem sei die Zukunft ja soo ungewiss, wegen des Krieges...

Unsere Politiker machen dabei einfach mit. Wir kriegen Tipps zum privaten Energiesparen (Heizung runter, man kann doch auch mal kalt Duschen oder zu Fuß gehen...). Warnungen vor der „Lohn-Preis-Spirale“ und selbstverständlich immer weiter Kriegshetze.

Der ganze Scheiß wird also nur gemacht, damit die Konzerne schön ihre Profite machen.

Die Konsequenz für uns ist, dass so lange die Politik für die Profite der Konzerne gemacht wird, wir also Kriege und Krisen erleben werden. Und so lange wird auch das Geld für uns fehlen.

Es fehlt das Geld für die Sanierung der Schulen und Unis, uns werden niedrige Löhne gezahlt und wir werden nicht ausreichend sozial abgesichert, notwendige Investitionen in die Zukunft werden nicht getätigt.

Als arbeitende und lernende Jugend, wollen wir das nicht länger mitmachen. Wir stehen heute hier und sprechen gegen die Kriege und die Krisen. Wir sprechen in Schule, Uni und im Betrieb sowie vielen weiteren Aktionen gegen die Politik der Herrschenden. Wir fordern eine fortschrittliche Politik, die nicht für die Profite der Konzerne arbeitet!

Lasst uns gemeinsam gegen den Kriegskurs der Bundesregierung auf die Straße gehen. Lasst uns gemeinsam mit unseren Mitschülern, Kommilitonen, Kollegen, und Freunden für eine friedliche Politik auf die Straße gehen in der die Interessen der Mehrheit im Fokus stehen.

Gegen die Interessen der Kriegstreiber und Reichen, für die Interessen der Mehrheit, egal welcher Nationalität. Gegen Krieg und für Völkerverständigung!

Hoch die Internationale Solidarität!